

Projektinformation

Skalierung von Maßnahmen zur Umverteilung urbaner Verkehrsflächen



Bundesamt für Strahlenschutz



Urbanes Grün und Parklets in der Böckhstraße in Berlin

Quelle: Dross, 2024



Stand: April 2026

Land/Region:

Deutschland

Laufzeit:

Dezember 2025 bis März 2029

Durchführende Organisation[en]:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Becker Büttner Held - BBH

Projektnummer:

FKZ 3724 15 703 0

Hintergrund

Ob Fahrspuren oder ruhender Verkehr – der öffentliche Straßenraum ist überwiegend durch private Pkw belegt. Dadurch bleiben oft wenig Flächen für den Umweltverbund, urbanes Grün, Aufenthalt und soziale Interaktion, was die aktive Mobilität, die Attraktivität des öffentlichen Raums und Möglichkeiten der Klimaanpassung einschränkt. Um die vielfältigen Funktionen zu fördern, sind Entscheidungen der Kommunen über die Verteilung des Straßenraums erforderlich. Dafür bildet das Straßenverkehrsrecht den Rahmen. Mit der Novelle im Jahr 2024 wurden die Möglichkeiten zur Umgestaltung des Straßenraums erweitert, indem Ziele des Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutzes sowie der städtebaulichen Entwicklung nun gleichwertig einbezogen werden können. Den neuen Handlungsspielraum gilt es nun, in der kommunalen Praxis anzuwenden.

Projekt

Ziel des Forschungsprojekts ist es, die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Maßnahmen zur Straßenraumumverteilung praxisnah aufzubereiten und kommunale Akteure dabei zu unterstützen, diese rechtssicher und strategisch anzuwenden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Einrichtung von Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur, Schulstraßen, Sonderfahrstreifen, Flächen für blau-grüne Infrastruktur und die Einführung bzw. Ausweitung eines Parkraummanagements. Es werden Umsetzungsoptionen und Skalierungsmöglichkeiten dieser Maßnahmen aufgezeigt. Anhand kommunaler Praxisbeispiele wird die konkrete Anwendung der novellierten StVO nachvollzogen und ausgewertet.

In 13 fachlichen Workshops für Kommunen in verschiedenen Bundesländern werden die erweiterten rechtlichen Möglichkeiten der Straßenraumumverteilung bekannt gemacht sowie ein Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen den Kommunen angestoßen.

Darüber hinaus sollen in einem Planspiel konkrete Anwendungsfälle durchgespielt werden, um zu reflektieren, inwieweit das novellierte Straßenverkehrsrecht kommunale Straßenraumumverteilungen effektiv unterstützt oder kommunale Spielräume nach wie vor auf rechtliche Hemmnisse stoßen. Reformbedarfe werden identifiziert und Vorschläge für die Weiterentwicklung des Straßenverkehrs- und Straßenrechts sowie flankierender Regelwerke formuliert.

Fachbegleitung:

Umweltbundesamt
Maren Miehe, Petra Röthke-Habeck
Fachgebiet I 2.6 „Nachhaltige Mobilität in Stadt und Land“
Tel.: +49-340-2103-3451
Maren.Miehe@uba.de